Antrag Freie Software in der KDZ (Die Linke, Volt)

zur Sitzung Werkausschuss der KDZ am 11.9.2025

Der Werksausschuss der Kommunalen Datenzentrale Mainz möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten,

1. bei Ausschreibungen darauf zu achten, dass Freie und Open-Source-Software (FOSS) nicht durch formale Kriterien ausgeschlossen oder benachteiligt wird und bei Markterkundungen systematisch auch nach geeigneten FOSS-Produkten zu suchen.

2. den Werksausschuss KDZ künftig Bei Vergaben/Beschaffungen jeweils darüber zu informieren, ob und mit welchem Ergebnis eine Prüfung alternativer Softwarebeschaffung mit Fokus auf Open Source erfolgt ist.

Begründung:

Freie Software stärkt die digitale Souveränität der Stadt und vermeidet Abhängigkeiten von einzelnen Herstellern. Sie ermöglicht Anpassungen an lokale Bedürfnisse, schafft Transparenz und erhöht die Datensicherheit.

Freie Software (auch Open Source genannt) ist essentiell für die öffentliche Verwaltung aufgrund mehrerer Aspekte:

1. Proprietäre Software hängt von einem Hersteller ab, wodurch die digitale Souveränität der Stadt Mainz stark beeinträchtigt wird. Dies ist insbesondere wichtig seit einer der größten Quellen von proprietärer Software – die USA – unberechenbar wurde.

2. Das Umstellen von proprietärer Software ist oft sehr schwer. Solche Lock-Ins können von Herstellern dazu genutzt werden bei weiteren Vergaben die Preise zu erhöhen oder den Funktionsumfang zu reduzieren, ohne dass sich die KDZ dagegen wehren kann.

3. Freie Software kann beliebig verändert werden und damit an die konkreten Bedürfnisse hier vor Ort angepasst werden.

4. Da proprietäre Software im Allgemeinen nicht überprüfbar ist, können Datenschutzverletzungen oft oberflächlich versteckt werden.

Da freie Software im Allgemeinen nicht von großen Herstellern gemacht wird, gibt es oft niemanden, der die für eine Ausschreibung notwendige Erfahrung hat, weswegen es wichtig ist, dass die Verwaltung dies selber übernimmt.

Matthias Kaak Sascha Kolhey